

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten drei Haus für die Woche v. 26 Nov. bis 1. Dez. in Papiermarkzahlung 1 Billion, in wertbest. Gelde 80 Pf. Einzelverkaufspreis: 18 Gold-Pfennige oder 180 Milliarden Papiermark.
 Redaktion: Johannisstraße 46.
 Fernruf: 905 nur Redaktion.
 928 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile: je nach dem Raum 20 Gold-Pfennige, auswertige 25 Gold-Pf. Veramml.-Arbeits- und Wohnungszwecken 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.
 Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
 Fernruf: 905 nur Geschäftsstelle, 928 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 275.

Sonntag, 1. Dezember 1923.

30. Jahrgang.

Es ist erreicht!

Marx Reichskanzler.

Die Regierungsbildung durch den Zentrumsabgeordneten Marx hat im Laufe des Freitagabend ihren Abschluß gefunden. Bevor die endgültige Ministerliste fertiggestellt war, mußten verschiedene Schwierigkeiten parteipolitischer Art überwunden werden. Marx plante, dem deutschnationalen Abg. Schiele als Justizminister das Ernährungsministerium zu übergeben. Schiele war persönlich bereit hierzu, wurde jedoch durch seine Fraktion veranlaßt, die Annahme eines Ministeramtes abzulehnen. Das veranlaßte die Bayerische Volkspartei, den als Justizminister in Aussicht genommenen Abg. Emminger ebenfalls zu einem Verzicht auf das ihm angetragene Amt zu veranlassen. Dem Abg. Marx gelang es jedoch, die Bedenken der Bayerischen Volkspartei im Laufe des Nachmittags zu zerstreuen und sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Unter dem Druck des Landbundes trat abends auch die deutschnationale Fraktion nochmals zusammen, weil der Reichslandbund einen Eintritt des Abg. Schiele und eines zweiten deutschnationalen Ministers in die Regierung wünschte. Die Fraktion blieb jedoch bei ihrer ersten Auffassung und lehnte den Eintritt in die Regierung ab. Damit war parlamentarisch einigermaßen Klarheit geschaffen, weil inzwischen die übrigen Mittelparteien, unter ihnen auch die Demokraten, grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Stützung der Regierung Marx zugesagt hatten.

Das Kabinett wird sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzen:

- Marx (Zentrum) Reichskanzler,
- Jarres (Vpt.) Inneres und Vizekanzler,
- Stresemann (Vpt.) Aeußeres,
- Gehler (Dem.) Reichswehr,
- Dr. Brauns (Ztr.) Arbeitsminister,
- Dr. Hoelle (Ztr.) Postminister und besetzte Gebiete,
- Emminger (B. Vpt.) Justiz,
- Ruthe (Volksp. nahestehend) Finanzen,
- Defer (Dem.) Verkehr,
- Kanté Ernährungs,
- Hamm (Dem.) Wirtschaft.

Das Wiederaufbauminiesterium bleibt vorläufig unbelegt.

Regierung Marx und Sozialdemokratie.

Berlin, 30. November.

Genau acht Tage haben die bürgerlichen Parteien zur Lösung der Regierungskrise im Reich notwendig gehabt. Im Volksmund heißt es zwar: „Was lange währt, wird gut“ — ohne daß wir uns dem vorläufig für den Ausgang der letzten Krise anschließen könnten. Man hätte annehmen sollen, daß gerade Herr Marx als Unterhändler des Zentrums bei den Verhandlungen über die Bildung des Bürgerblocks aus den Ereignissen der letzten acht Tage die notwendigen Lehren ziehen würde und ihm sein Außenminister der gestützte Kanzler Stresemann, hierbei besondere Rückschlüsse habe zukommen lassen. Im vollen Umfange ist diese Vermutung wenigstens vorläufig, soweit die personelle Zusammenlegung in Frage kommt, nicht wahr geworden. Dr. Marx hat Männer in sein Kabinett aufgenommen, deren persönliche und politische Vergangenheit unseren Beifall nicht finden kann. Wir denken hier vor allem an den Innenminister Dr. Jarres, der „vorübergehend“ das Ruhrgebiet preisgeben wollte und sich im Verlauf der Krise mehrfach als eifriger Fürsprecher der Deutschnationalen gezeigt hat. Es ist kaum anzunehmen, daß er unter Marx als

Reichskanzler in die Lage kommen wird, seine wahnwitzigen Ideen zu verwirklichen. Inzwischen ist bekanntlich die Arbeit im Ruhrgebiet zum großen Teile wieder aufgenommen worden, jedoch schon dadurch die Bewirksamkeit einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete und ihre spätere Zurückeroberung durch Waffengewalt auf absehbare Zeit hinaufgeschoben werden dürfte. Wesentlich erscheint uns im Augenblick die Gefahr einer deutschnationalen Beeinflussung des Innenministeriums, obwohl nicht ausgeschlossen ist, daß Jarres mit dem Tage seiner Ernennung zum Innenminister im Kabinett Marx weniger der Rechten zugehörig ist, als es im Verlauf der letzten acht Tage, also während seiner Stellungslosigkeit, der Fall war und auch zweifellos eintreten würde, wenn der Regierung Marx deutschnationale Parteimitglieder angehörten.

Auch der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Dr. Emminger, als Justizminister muß starke Bedenken in allen republikanisch-fortschrittlich gesinnten Kreisen hervorrufen. Emminger kann vielleicht nicht allgemein als reaktionär angesprochen werden, aber sicher ist dennoch, daß Herr Marx mit ihm keinen großen Staat machen kann. Wir erinnern nur an Emmingers Stellungnahme zum Fall Feschenbach im Reichstag. Während der jetzige Reichskanzler das Urteil des Münchener Volksgerichts offen als Fehlspruch bezeichnete und sich zu einer schnellen Revision bekannte, zeigte sich Emminger als Verteidiger des Fehlspruches gegen Feschenbach und Anwalt der Münchener Volksgerichte. Seine politische Gesamteinstellung vermag sich insofern besonders rückwärts auszuwirken, als er sich in einer Gesellschaft von Ministern befindet, die sich in den letzten Monaten gerade kein gutes Zeugnis bei der Vertretung von Volksinteressen ausgestellt haben.

Das Programm der neuen Regierung muß deshalb aus dem Sturze Stresemanns schon weitgehende Schlussfolgerungen ziehen, wenn es die unflüchtige Wahl bei der Belegung der einzelnen Portefeuilles wiedergutmachen will und die Sozialdemokratie veranlassen soll, dem Kabinett Marx vorläufig das Leben zu lassen. Ausklagegebend bleibt für unsere Haltung in der Vertrauensfrage in letzter Linie das Programm. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird deshalb erst nach der Abgabe der Regierungserklärung, die für Dienstag vorgesehen ist, endgültig Beschlüsse über die von ihr einzunehmende Stellung fassen. Die Erklärungen der neuen Regierung über den Belagerungszustand und Bayern werden bei diesen Beratungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wir wissen nicht, welches Ergebnis die am Donnerstag abgehaltene Besprechung Marx-Soodt gehabt hat, aber festzustellen ist, daß ohne heftigste Stellungnahme des Kabinetts zu dem Belagerungszustand eine Unterstützung oder Toleranz der Sozialdemokratie nicht in Frage kommt.

Die Regierung Marx bestimmt also ihr Schicksal selbst, nachdem der Versuch, die Deutschnationalen zur Mitarbeit im Reich zu gewinnen, noch in letzter Stunde gescheitert ist und damit die Haltung der Sozialdemokratie eine ausschlaggebende Bedeutung erlangt. Wir betrachten an sich die neue Regierung nur als Übergangsbündnis und werden, falls sie am Dienstag ein Vertrauensvotum erhält, von Fall zu Fall ihre Taten beurteilen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Schon heute aber ist damit zu rechnen, daß die Neuwahlen, die programmäßig im Juni des kommenden Jahres stattfinden sollen, früher als geschwieben werden. Ueber den Termin dürfte die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Position ein wichtiges Wort mitzureden haben. Sie wird sich dazu entscheiden, sobald das durch die Haltung der Regierung notwendig ist!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Freitag in mehrstündiger Sitzung mit dem Verlauf der Krise und ihrer Stellungnahme zu dem neuen Kabinett Marx. Die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme wurde bis zur Abgabe der Regierungserklärung vertagt.

Der Reichstag tritt am Dienstag zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zusammen.

Neuregelung der Steuer-gesetzgebung.

Der Entwurf der Notverordnung über die Neuregelung der Steuer-gesetzgebung ist dem Reichsrat zugegangen. Von seinem Inhalt sei hervorgehoben:

1. Eine Veranlagung zur Einkommensteuer für 1923 findet nicht statt. Statt dessen wird bei den Lohnempfängern die Steuer-schuld durch den Lohnabzug beglichen. Die Veranlagungs-pflichtigen haben am 15. Dezember eine letzte Vorauszahlung für das Jahr 1923 zu leisten. Sie beträgt 25 Goldpfennige auf je 1000 Mark der Steuer-schuld, die sie für 1922 zu entrichten hatten. Für Erwerb-sgesellschaften ist durch die Veränderung des Körperschaft-steuer-gesetzes eine ähnliche Regelung vorgesehen.

Die dritte Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe, die am 5. Januar fällig ist, ist zur Hälfte schon am 15. Dezember zu zahlen; jedoch die Abgabepflichtigen an diesem Tage denselben Betrag an Rhein-Ruhr-Abgabe zu zahlen haben, wie an Vorauszahlung für die Einkommensteuer. Die Steuerpflicht der Erwerb-sgesellschaften regelt sich in ähnlicher Weise; die als Rhein-Ruhr-Abgabe fälligen Beträge sind in ausländischen Zahlungsmitteln zu entrichten, soweit den Steuerpflichtigen am 15. November 1923 ausländische Zahlungsmittel gehört haben.

Die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer für des Kalenderjahr 1924 sieht wiederum Vorauszahlungen vor. Für Einkommen aus dem Betriebe der Land-, Garten- und Forstwirtschaft sind vierteljährlich, am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November 1924, Vorauszahlungen zu leisten. Sie betragen 1 vom Tausend des Wehrbeitragswertes des bewirtschafteten Grundstücks. Sobald die Vermögenssteuer-veranlagung für den 31. Dezember 1923 durchgeführt ist, richten sich die Vorauszahlungen nach den dabei ermittelten Grundstückswerten. Wächter zahlen drei Viertel von dem, was freie Eigentümer zu leisten haben.

Für Einkommen aus Gewerbebetrieb bemessen sich die Vorauszahlungen nach den Betriebseinnahmen. Sie betragen 2 Prozent der Betriebseinnahmen nach Abzug der Lohn- und Gehalts-abgaben des Betriebes. Auf das sonstige Einkommen (aus Verpachtung, Nutzung und der Ausübung eines freien Berufes) sind vierteljährliche Vorauszahlungen zu leisten, die sich nach dem Ueberschuss der Einkünfte über die Werbungskosten bemessen. Von den ersten 2000 Mark des Ueberschusses werden 10 Prozent erhoben, vermindert um die beim Lohnsteuerabzug geltenden Ermäßigungsbeiträge. Von dem weiteren Ueberschuss sind 20 Prozent zu zahlen.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn wird gleichfalls neu geregelt. Die Ermäßigungen setzen sich künftig zusammen aus einem Betrag für Werbungskosten und einem Betrag für die zu der Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder. Die Beträge werden auf der Grundlage des Lohnes eines vollbeschäftigten Arbeiters errechnet und vom Reichsfinanzminister in Goldmark festgesetzt. Die Beträge, um die sich der 10prozentige Abzug vermindert, betragen bei einem unverheirateten, verwitweten oder kinderlos verheirateten Arbeiter 2 Prozent, bei einem unverheirateten, verwitweten oder verheirateten Arbeiter mit 1 oder 2 minderjährigen Kindern 4 Prozent, mit 3 oder 4 minderjährigen Kindern 5 Prozent und erhöhen sich für jedes weitere minderjährige Kind um 1 Prozent. Auf Antrag sind Erhöhungen zulässig, wenn die Werbungskosten 20 Prozent des Arbeitslohnes übersteigen. Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit gezahlt, so tritt an die Stelle dieser Sätze eine feste Ermäßigung von 4 Prozent des Arbeitslohnes. Beträgt der Arbeitslohn eines Lohnsteuerpflichtigen mehr als 2000 Goldmark vierteljährlich, so hat er dieselben Vorauszahlungen zu leisten wie ein Steuerpflichtiger mit sonstigem Einkommen.

Für die Vorbereitung der endgültigen Veranlagung für 1924 sind Richtlinien aufgestellt. Danach fällt in Zukunft die Veranlagung zur Einkommensteuer nach einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahre fort. Das landwirtschaftliche Einkommen soll nach Durchschnittserträgen ermittelt werden, die nach verschiedenen Güteklassen abgestuft sind. Steuerpflichtige, die Handelsbücher zu führen haben, müssen am 31. Dezember 1923 eine Steuerbilanz in Gold aufstellen, die als Unterlage der Veranlagung dient. Für Handwerker und Angehörige der freien Berufe werden Unterpauschüsse festgesetzt, die von den Rohentkünften abgezogen werden.

2. Die Vermögenssteuer. Für das Jahr 1924 findet eine Neuveranlagung nach dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1923 statt. Die Wertermittlung bei Grundstücken erfolgt auf der Grundlage des Wehrbeitragswertes, der so zu berücksichtigen ist, daß eine gleichmäßige Belastung aller Steuerpflichtigen erreicht wird. Beim Betriebsvermögen ist das Anlagekapital nach dem Stand von 1913 unter Berücksichtigung einer angemessenen Abnutzung zu bemessen, die Vorräte an Rohstoffen und Fabrikaten nach dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis am 31. Dezember 1923. Wertpapiere und Devisen sind mit dem Kurs vom 31. Dezember 1923 zu bewerten.

Die Vermögenssteuer ist nach dem Goldwert zu leisten, sie beträgt bis 25 000 Goldmark 3 vom Tausend, bis 50 000 Goldmark 4 vom Tausend, bis 100 000 Goldmark 5 vom Tausend. Darüber hinaus kommen besondere Zuschläge zur Erhebung, jedoch bei einem Vermögen von über 5 Millionen Goldmark ein Höchstmaß von 7,5 vom Tausend erreicht wird. Steuerfrei bleiben Vermögen unter

Ein falsches Dementi.

SPD. Dresden, 30. November. (Eig. Drahtber.)

W.B. dementiert die von uns verbreitete Meldung, demzufolge das Wehrkreiskommando IV mehrere ältere Unteroffiziere und Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die tschechische Bevölkerung zuschulden kommen ließen, aus dem Heere entlassen hat. Dieses Dementi wird heute nachmittags in einer Preisnotiz des Wehrkreiskommandos noch unterstrichen. Trotzdem halten wir unsere Meldung vollinhaltlich aufrecht und ergänzen sie vorläufig nur noch dahin, daß die verhafteten Offiziere unter harter Bedeckung in die Festungen Torgau und Paderborn überführt worden sind.

Devisenkurse unverändert.

Berlin, 30. November.

Heute gab der Börse eine seit langer Zeit nicht mehr beobachtete Geldflüssigkeit das Gepräge. Die starken Positionslösungen an der vorgestrigen Börse sowie die seit einigen Tagen zu beobachtenden erheblichen Verkäufe von Devisen und das Abfließen von bedeutenden Warenbeständen im Großhandel haben wesentlich dazu beigetragen, die bisherige Geldknappheit aufzuheben. Darüber hinaus macht sich im Zusammenhänge

mit der Besserung des Marktkurses an den Auslandsbörsen seit einigen Tagen eine starke Einschränkung sowohl der Hamiterkäufe am Warenmarkt als auch der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln an den Börsen bemerkbar.

Lebhaft erörtert wurden die gestrigen Ausführungen des Vizepräsidenten der Reichsbank über die Maßnahmen zur Stabilisierung des Marktkurses. Da heute aus dem Auslande Marktkurse gemeldet wurden, die zum Teil auf der Höhe der Berliner amtlichen Devisennotierungen lagen, wurde bereits die Frage erörtert, ob die Reichsmark gegebenenfalls eine Herabsetzung der Devisenkurse vornehmen würde. Man ist jedoch in Finanzkreisen der Meinung, daß eine solche Maßnahme im jetzigen Moment ganz ausgeschlossen sei, da eine Herabsetzung des Dollarkurses auch ein Fallen der Rentenmark bedeuten würde, wodurch die Einführung dieses Zahlungsmittels in den Verkehr so gut wie unmöglich gemacht werden könnte. Man nimmt an, daß, falls keine vorhergehenden Ereignisse politischer Art eintreten, die jetzt erreichten Devisenkurse sich geraume Zeit halten werden. Heute werden die Devisenkurse unverändert notiert bei einer Zuteilung von 1 Prozent.

Dollar 4,2 Billionen.

1 Goldm. 1 Bill. = 1 Goldpf. 10 Milliarden.

1000 Goldmark. Dieser Betrag erhöht sich auf 10 000 Goldmark, wenn es sich hauptsächlich aus Wohngrundstücken oder festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt und wenn es Personen gehört, die über 60 Jahre alt oder die erwerbsunfähig sind. Am 1. März 1924 ist eine erste Vorauszahlung zu leisten, die ein Viertel des Betrages ausmacht, der sich aus der Vermögenssteuererklärung ergibt.

3. Die Erbschaftsteuer wird ermäßigt. Die Staffelung des Tarifs ist auf Goldmark abgestellt. Kinder und Enkel haben einen Erwerb von 300 000 Goldmark sowie den gesamten Hausat steuerfrei. Die Bewertung des Erwerbs erfolgt nach den Grundstücken der Vermögenssteuer.

4. Die Umsatzsteuer soll von 2 auf 2½ Prozent erhöht werden. Innerhalb einer Woche nach Schluß jedes Kalenderjahres ist eine Voranmeldung in der Höhe des Umlages abzugeben und eine entsprechende Vorauszahlung zu leisten.

In dem Entwurf werden ferner die Kapitalverkehrssteuer, die Wechselsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Versicherungssteuer, die Kenn-, Wett- und Lotteriesteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Verbrauchssteuer auf Gold gestellt. Die Mietsteuer ist in dem Entwurf noch nicht enthalten, lediglich die Verpflichtung von Ländern und Gemeinden, sie einzeln zu erheben. Die Gemeinden werden nur verpflichtet, eine Mietsteuer nach näherer Bestimmung zu erheben. Das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe soll vom 1. Januar 1924 ab aufgehoben werden.

Beratungen der Reparationskommission.

Paris, 30. November.

Die heutige Sitzung der Reparationskommission dauerte von 3 bis 4 Uhr. Die Kommission beschloß, zwei Unterausschüsse zu ernennen. Der eine soll die Frage untersuchen, in welcher Weise die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit erfolgen kann, der zweite Unterausschuß soll an Hand der deutschen Dokumente die Frage behandeln, wie der Ausgleich des deutschen Budgets zu erzielen wäre. Näheres über den Verlauf der Sitzung ist bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Die deutsche Kriegslastenkommission übermittelte der Reparationskommission heute vormittag die Düsselborfer Abkommen mit dem Ersuchen um Stellungnahme dazu.

Die rheinische Notenbank.

Paris, 29. November.

Nach einer Meldung aus Brüssel hatten Ministerpräsident Lhuissier dem „Binationale Siecle“ zufolge gestern mit Vertretern der Brüsseler Großbanken eine Unterredung über den Plan einer rheinischen Emissionsbank gehabt. Die Organisation dieser Bank und die Abfassung des Statuts sollen heute in einer Konferenz zwischen deutschen, französischen, belgischen, holländischen und wahrscheinlich auch englischen Finanzleuten entweder in Bonn oder in Koblenz zur Sprache kommen. Das Kapital der Bank würde 6 Millionen Dollar betragen.

Überstunden im Ruhrbergbau.

Mit Zustimmung der Gewerkschaften.

Um eine halbige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen und um durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu wehren und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiter über Tage im Anschluß an die regelmäßige Schicht eine Stunde Mehrarbeit leisten. Für die übrigen Arbeiter über Tage soll in Verbindung mit der Großhüttenindustrie baldigt eine Regelung der Arbeitszeit getroffen werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistung im Ruhrbergbau alle in der Technik, der Organisation und der Arbeitsleistung des Bergbaues möglichen Verbesserungen ohne Verzögerung durchgeführt werden müssen. Bis zum 1. Februar 1924 werden die Vertreter der Bergbau- und Hüttenindustrie des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammenzutreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist, oder welche weiteren Mittel dazu zu seiner Erreichung notwendig sind.

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

SPD. Bochum, 30. November.

Am Donnerstag haben im Wirtschaftsministerium in Gelsenkirchen Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden. Dabei sind den französischen Vertretern durch die freien Gewerkschaften folgende Fragen vorgelegt worden: 1. In die Verordnung des Generals Degoutte, die Abänderungen und Entlassungen unter Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen verhängt, nach in Kraft? 2. Sind die Abänderungen, die vor und nach dem 18. November erfolgten und die der Verordnung widersprechen, demnach ungültig? 3. General Degoutte will also mit dieser Verordnung erreichen, daß keine Gewerkschaften mehr vorhanden sein sollen? Diese Fragen wurden sämtlich von den französischen Vertretern mit Ja beantwortet. Daraufhin sind noch am Donnerstagabend die Vertreter der freien Gewerkschaften und die Betriebsräte zusammengetreten. Es wurde in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Beschluß gefaßt, die Arbeiterkraft zur Wiederaufnahme der Arbeit für Sonnabend morgen durch die freien Gewerkschaften auszusenden. Dem Anruf ist im Laufe des Freitag durch Verbreitung entsprechender Flugblätter Nachdruck verliehen worden. Die Arbeit soll unter Berufung auf die alten tariflichen Bestimmungen aufgenommen werden, die in die beste rechtliche Unterlage dazu liegen. Es ist im Laufe des Freitag verfaßt worden, daß mit den Kohlenhütten die Forderung zu bekommen, um dort die freien Gewerkschaften zu reibend vorzugehen zu veranlassen.

Die Deutschvölkischen bleiben verboten.

In Schreiben Seckis.

General v. Seckis hat an den Führer der Deutschvölkischen Kampfbundpartei auf dessen Beschwerde ein Antwortschreiben geschickt, in dem er das Verbot der Partei aufrechterhält. In der Antwort heißt es:

Herr v. Graefe hat am 9. November im Einverständnis mit Persönlichkeiten gehandelt, die sich die Stellung der Reichsregierung anmaßen und die verfassungsmäßige Reichsregierung zu hängen suchten. Ob er dabei im Glauben sein konnte, daß auch bayrische Regierungsstellen an diesem Un-

ternehmen gegen die Reichsregierung teilnahmen, ist belanglos. Herr v. Graefe hat an einem Demonstrationzug der Umsturzpartei teilgenommen, der nach seinem eigenen Eingeständnis in Nr. 167 des „Deutschen Tageblattes“ dazu dienen sollte, die Reichswehr auf ihre Seite zu bringen. Er hat in dem gleichen Artikel im „Deutschen Tageblatt“ sein Einverständnis mit dem Umsturzversuch ausgesprochen und an die Reichswehr eine Aufforderung zum Ungehörigem gerichtet. Ferner hat ein anderes prominentes Mitglied der Deutschvölkischen Kampfbundpartei, Oberleutnant a. D. Hoffmann, Angehöriger der Infanterieschule in München zur Teilnahme am Umsturz, d. h. zum Ungehörigem und Eidbruch verleitet. Aus diesen Gründen muß ich das Verbot und seine Begründung in vollem Umfange aufrechterhalten.

Wer drängt nach der Futtertruppe?

Der deutschnationalen Drang nach der „Futtertruppe“ erfährt nachträglich noch eine besondere Beleuchtung durch den „Parlamentarischen Dienst der Zentrumspartei“. Auch er bestätigt, daß die Dementis der Deutschnationalen erlogen sind und sie bereit waren, „alle ihre seit Jahren vertretenen logenartigen prinzipiellen Forderungen über Bord zu werfen, ja förmlich direkt zu verleugnen um den einen Preis, die Macht in Preußen“. Im einzelnen la. eibt der „parlamentarische Dienst“:

Die deutschnationalen Erklärungen gingen bezüglich der Verfassung dahin, daß „selbstverständlich“ keine Rede davon sein könnte, daß die Deutschnationalen diese Verfassung anders als mit verfassungsmäßigen Mitteln ändern wollten. Auch bezüglich des Friedensvertrages erklärten sie, daß „selbstverständlich“ gar keine Rede davon sein könnte, daß er gerissen werden sollte. Bezüglich der illegalen Verbände erklärten sie ebenso als „selbstverständlich“, daß solche Verbände, ob sie rechts oder links ständen, mit den Mitteln des Staates bekämpft werden müßten. Und schließlich erklärten sie hinsichtlich der allgemeinen Außenpolitik, daß auch da keine Änderung eintreten, sondern die Linie der Streifenregierung fortgesetzt werden sollte. Und sie stellten sich damit ganz auf den Boden der Erfüllungspolitik.

Die Schlussfolgerungen über die authentischen Feststellungen der Zentrums-Korrespondenz sind, daß die Deutschnationalen in den letzten Tagen ihre bisherige Verlogenheit selbst gestanden und zugegeben haben, daß die in den letzten Jahren von ihnen betriebene Politik nur auf Stimmenfang und Volksverwirrung hinauszielte.

Wor wichtigen Entscheidungen in Bayern.

SPD. München, 30. November.

Für die innerpolitischen Entscheidungen, die in Bayern unmittelbar bevorstehen, gibt eine parteiöffentliche Auslassung der „Bayrischen Volkspartei-Korrespondenz“, die über die kommende Entwicklung in Bayern zweifellos zuverlässig unterrichtet ist, außerordentlich wichtige Fingerzeige. In diesen Auslassungen, die herangezogen sind durch Mitteilungen des „Soz. Parlamentsdienstes“ vom 25. November, wird betont, daß im gegenwärtigen Augenblick an eine Aufhebung des Generallandskommissariats nicht zu denken sei, denn die Vorgänge am 8. und 9. November, die sich für eine lange Zeit hinaus geltend machen werden, und die Konsequenzen, die für eine ausschließlich die Staatsautorität im Auge habende Sicherheitspolitik im Innern gezogen werden müssen, machen hierin das Generallandskommissariat zu einer notwendigen Einrichtung, die erst am Anfang, aber noch lange nicht am Ende ihrer Gemeinshaft steht. Weiter wird dann hervorgehoben, daß sehr wohl Staatsregierung und Generallandskommissariat nebeneinander bestehen können, ohne daß Kompetenzkonflikte eintreten; denn die Staatsregierung habe Aufgaben auf dem Gebiete der politischen Führung zu erfüllen, wie sie im Hinblick auf die gesamtdeutsche Lage im vergangenen Jahrhundert niemals einem leitenden bayrischen Staatsmann gestellt waren, während das Generallandskommissariat auf dem ihm zugewiesenen Gebiete das Land aus der Ruff- und Revolutionen-Atmosphäre herauszuführen und durch Stärkung und Auswahl der Machtmittel des Staates die materielle Grundlage für eine starke bayrische Politik nach innen und außen zu schaffen habe.

Diese Feststellungen der „Bayrischen Volkspartei-Korrespondenz“ sind insofern sehr begrüßenswert, als sie in die unübersehbare politische Lage der letzten Wochen eine weitgehende Klärung bringen. Es ist also mit der offenbar feststehenden Tatsache zu rechnen, daß das Generallandskommissariat und damit auch der bayrische Anstaltszustand noch lange erhalten bleiben, denn die dem Generallandskommissariat zugewiesenen Aufgaben sind zu erfüllen nur möglich, wenn seine Arbeit auf lange Sicht eingestrichelt ist. Dabei ist die Frage offen gelassen, wer dieses Amt verwaltet, und sehr bemerkenswert, daß diese parteiöffentliche Auslassung über den jährlichen Jahresbericht des Landes, Herrn von Hoff, der es doch wahrhaftig nicht an Kompetenzmangeln und der Regierung fehlen ließ, kein Wort gesagt wird. Es ist festzustellen, daß bei dem Fortbestehen des Generallandskommissariats die Beziehungen zwischen ihm und der Regierung abgegrenzt werden müssen und durch personelle Veränderungen in den leitenden Stellen die enge Zusammenarbeit hergestellt wird. Dieses zu erreichen, ist der Sinn der gegenwärtigen innerparteilichen Kämpfe. Die Frage heißt also nicht: Knüpfung oder Nichtknüpfung, sondern entweder Knüpfung oder Knüpfung und Knüpfung. Das Knüpfung am Ende seiner Amtszeit angelangt ist, ist kein Geheimnis mehr, denn seine eigene Partei macht ihm zum Vorwurf, daß er es veräumt hat, eine klare Linie zu ziehen und sich unter seiner Führung eine Politik getrieben worden ist, die statt mit Energie und Rücksichtslosigkeit das Regierungsruder gegenüber den Führern der vaterländischen Verbände zu führen. Schließlich mit der Verfassung der eigenen Minister geendet habe.

Ist das möglich?

Wer lesen im Vorwärts: Die Freipredung der Mörder des russischen Sowjetregierers Worowki in Lausanne hat in Rußland eine Empörung hervorgerufen, die sich in einem Entschuldigungs-Urteil der Presse äußert. Die Empörung über das Lausanner Urteil, das den wergardistischen Mordmördern einen Freibrief ausstellt, ist berechtigt. Unbegreiflich aber erscheint es, wenn nun von Führern der russischen kommunistischen Partei und Vertretern der Sowjetregierung ein Feldzug eingeleitet wird, der darauf hinausläuft, die im vorigen Jahre in Moskau verurteilten 12 Mitglieder des Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei, die von der Sowjetregierung als Verleumdung betrachtet werden, wegen des Lausanner Urteils an die Wand stellen zu lassen. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der Volkskommissar Stalin in einer Sitzung des Moskauer kommunistischen Komitees in dem Sinne geäußert, daß die Sowjetregierung in der Lage sei, die

in ihren Händen befindlichen Sozialrevolutionäre wegen der Ermordung Worowkis zur Verantwortung zu ziehen. Offizielle Neußerungen in der Pariser „Humanität“, des Zentralorgans der französischen kommunistischen Partei, beweisen sich in derselben Richtung. Es scheint also, daß man sich in maßgebenden kommunistischen Kreisen mit der Ansicht trägt, wegen der Freipredung der wergardistischen Mörder vor einem bürgerlichen Geschworenengericht an den gegenwärtigen Führern der Sozialrevolutionären Partei, die mit der Ermordung Worowkis auch nicht das geringste zu tun haben, Rache zu nehmen.

Wir sprechen dies alles als eine Vermutung aus. Denn obwohl wir hinsichtlich der Humanität der Moskauer Gewalthaber recht skeptisch sind, können wir nicht glauben, daß sie politisch so kurzichtig sein würden, einen neuen Akt der Lynchjustiz an ihren politischen Gegnern zu begehen, der einen Sturm der Entrüstung in der ganzen Welt auslösen würde. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Sowjetregierung schleunigst von den Plänen abrückt, die hinsichtlich der Sozialrevolutionäre in der kommunistischen Presse angedeutet werden.

Eine gute Kampfschrift.

Gegen die deutschvölkische Agitation.

Wohl noch nie ist ein in die Massen geworfenes Schlagwort so hoch und innerlich verlogen gewesen wie das jetzt von den Deutschvölkischen und ihren Nachläufern angewandte Wort vom „jüdischen Marxismus“. In Kahr-Bayern geboren und von den Hitler-Banden propagiert, wird dieses Schlagwort von der gesamten reaktionären Meute im Reich unter dem Gesichtspunkte angewandt: „Den Juden schlägt man, die Republik und den Sozialismus meint man!“

Es ist unter diesen Umständen außerordentlich zu begrüßen, daß der Verlag J. S. W. Dieck, Berlin, eine kleine Flugschrift des Genossen Paul Kampffmeyer „Jüdischer Marxismus“ herausgebracht hat, in der die ganze Halklosigkeit des neuesten reaktionären Schlagwortes nachgewiesen wird. Doch der Wert der Schrift geht weit über ihr politisches Tagesziel hinaus. Genosse Kampffmeyer weiß nicht nur nach, daß Karl Marx, der die radikale Neuorganisation der Gesellschaft anstrebte, der heftigste Gegner des Schachergeistes und der Ausbeutung gewesen ist, die von den Deutschvölkischen als „jüdische“ Eigenschaften bezeichnet werden, er gibt auch in großen Umrissen ein Bild der Entwicklung der sozialistischen Idee und der marxistischen Forschungsmethode während des letzten Jahrhunderts. Soweit es auf wenigen Seiten möglich ist, hat der Verfasser die wichtigsten Etappen dieser Entwicklung gekennzeichnet, beginnend mit der Hegelschen Philosophie bis in die neueste Zeit, in der an der Umgestaltung und Neuformung der sozialistischen Theorie intensiv gearbeitet wird. Die kleine Schrift ist deshalb den Genossen nicht nur im Tageskampf gegen die deutschvölkischen Agitatoren gute Dienste leisten, sie wird auch dazu beitragen, das Interesse für die geistige Vertiefung der Parteitagitation zu beleben.

Der Achtstundentag ist und bleibt Gesetz!

Von Wilhelm Dittmann,

ehemaligem Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. Ueber den Rechtszustand bezüglich des Achtstundentages werden völlig falsche Auffassungen verbreitet. Es wird fortgesetzt so dargestellt, als wenn der Achtstundentag in Deutschland auf einer Verordnung des Demobilisationskommissars vom 23. November 1918 beruht habe und nunmehr mit dem Ablauf der Geltungsdauer dieser Verordnung aufgehoben sei. Eine halbamtliche Mitteilung, die durch die Presse geht, stellt diese Behauptung auf und fügt hinzu, daß jetzt wieder die früheren Beschäftigungsbedingungen der Gewerbeordnung in Geltung seien. Das ist absolut falsch.

Der Achtstundentag in Deutschland beruht überhaupt nicht auf einer Demobilisationsverordnung, sondern auf Gesetz, und die jetzt abgelaufene Demobilisationsverordnung (nicht „Verordnung“) war lediglich eine Ausübungsanweisung auf Grund des Gesetzes. Das Gesetz, das den Achtstundentag einschließt, ist die große „Verordnung mit Gesetzeskraft“, die von dem derzeitigen einzigen Gesetzgeber für das Reich, dem „Rat der Volksbeauftragten“, am 12. November 1918 verfaßt und durch das „Uebergangsgesetz“ am 1. März 1919 von der Nationalversammlung ausdrücklich legalisiert worden ist. Die große „Verordnung mit Gesetzeskraft“ vom 12. November 1918 hob den Belagerungszustand, die Zensur, das Hilfsdienstgesetz und die Gefährdungen, alle Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, der freien Meinungsäußerung, der Religionsausübung und der Arbeiterfreibestimmungen auf, gewährte Amnestie für politische Straftaten, führte die Arbeitslosenversicherung ein, proklamierte als allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an für Reich, Staat und Gemeinden und bestimmte ferner mündlich:

Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitszeit in Kraft treten.

Die elf Tage später erlassene Anordnung des Demobilisationskommissars vom 23. November, die fälschlich als die Grundlage des Achtstundentages ausgegeben werden ist, beruht auf der „Verordnung mit Gesetzeskraft“ vom 12. November 1918. Diese Verordnung der Volksbeauftragten hätte nur von der Nationalversammlung aufgehoben werden können. Das ist aber nicht nur nicht geschehen, sondern die Nationalversammlung hat am 1. März 1919 diese Verordnung mit allen übrigen Verordnungen der Volksbeauftragten ausdrücklich aufrecht erhalten. Damals wurde das von den Volksbeauftragten vorgelegte, vom Volksbeauftragten Landsberg eingehend begründete „Uebergangsgesetz“ beraten und angenommen, dessen § 1 folgenden Satz enthält:

In Kraft bleiben auch alle vom Räte der Volksbeauftragten ... bisher erlassenen und verkündeten Verordnungen.

Mit diesem Uebergangsgesetz ist der Achtstundentag in Deutschland gesetzlich als „Maximalarbeitszeit“ gemäß der Verordnung vom 12. November 1918 festgelegt. Die jetzt abgelaufene Demobilisationsverordnung ließ gewisse Uebergangsvorgänge des Achtstundentages zu. Mit dem Fortfall der Demobilisationsverordnungen sind auch diese Uebergangsvorgänge gefallen. Jetzt besteht als Rechtszustand der „gesetzliche“ Achtstundentag als „Maximalarbeitszeit“. Das ist der tatsächliche Rechtszustand!

Auslandshilfe und Landwirtschaft.

Das Wort des Grafen Westarp, daß das deutsche Volk bei vollen Schauern hungere, ist buchstäblich zur Wahrheit geworden. Einer reichen Ernte des in früheren Jahren oft so knappen Brotgetreides steht eine Masse von Verbrauchern gegenüber, deren Einkommen selbst bei voller Beschäftigung nicht ausreicht, um die geforderten Preise zu zahlen. Der letzte Lebenshaltungszähler zeigt sehr deutlich, daß sogar im Reichs-Durchschnitt und trotz der künstlichen Niedrighaltung der Wohnungsmieten die Goldpreise für den wichtigsten Lebensbedarf um mehr als die Hälfte über dem Vorkriegs-goldstand liegen. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse bezieht Löhne, die hinter den Vorkriegs-löhnen weit zurückbleiben. Keine Volksebene sind aber von dem Recht auf Arbeit ausgeschlossen. Sie sind auf die Unterstützung des Staates und der Gemeinden angewiesen, die selbst finanziell nicht aus und ein wissen. Unter diesen Umständen grassieren Not und Elend schlimmer als selbst in den Zeiten der Hungerkatastrophen.

Es ist ein erfreuliches Zeichen der Hilfsbereitschaft und der internationalen Solidarität aller, die noch menschlich denken, wenn jetzt aus allen möglichen Teilen der Welt eine Hilfs-tätigkeit für die notleidenden Volksteile Deutschlands ein-kehrt. Neben Freunden, die schon während des Krieges viel zur Linderung der Kriegsschäden getan haben, wie die nordischen Staaten, finden sich Länder, die selbst den Glanzweg der Voluta-gewinnung gegangen sind, um Mächte, die früher Deutschland feindselig gegenüberstanden. Wir begrüßen dieses Werk nicht nur, weil es nach Jahren des Kampfes und des Hasses die Völker der Welt einander wieder näher bringt.

Um so mehr ist zu bedauern, daß diese Hilfsbereitschaft eine gewisse Beeinträchtigung erfahren hat durch eine Neuherung Hoovers, des bekannten Ernährungscommissars für die notleidenden Gebiete, der sich mit großer und leider nicht unberechtigter Schärfe gegen die deutsche Landwirtschaft wendet. Ihr wird vorgeworfen, daß sie trotz guter Mittelernie die eigenen Volksgenossen hungern lasse, weil sie viel Geld verdienen wolle, und die Frage wird aufgeworfen, ob die Amerikaner Anlaß hätten, den Deutschen beizuhelfen, wenn ihre eigenen Landsleute es nicht täten.

Wenn Hoover freilich der deutschen Landwirtschaft die alleinige Schuld an dem gegenwärtigen Ernährungsleiden beimißt, so geht das über das sachlich berechnete Maß von Vorwürfen, die man gegen die Landwirtschaft erheben muß, weit hinaus. Die Führer der Agrarier sind fraglos mit Schuld an der gegenwärtigen Not, deshalb, weil sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht nur für Ackerfrüchte, sondern auch für andere Waren auf das eifrigste befürwortet und schließlich auch durchgesetzt haben, längst, ehe eine Stabilisierung der Währung auch nur in ferner Sicht war. Dieser Kampf gegen alle gemeinwirtschaftlichen Bindungen hat den Übergang von der Inflationswirtschaft zu gesünderen Währungsverhältnissen unendlich schwieriger gestaltet. Man kann aber den Landwirten in ihrer Allgemeinheit nicht den Vorwurf machen, daß sie das Volk hungern lassen, nur um verdienen zu wollen. Ein Blick auf die im Großhandel bezahlten Goldpreise für Getreide, Fleisch und andere Waren zeigt, daß die größte Verteuerung der Ware nicht bei dem Landwirt beginnt, sondern erst im weiteren Verlaufe der Verarbeitung und der Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte. Das muß von der Mehrheit wissen festgestellt werden. Wenn heute an der Berliner Börse der Doppelkornener Roggen etwa 1750 Mk. Geld gegen etwa 18,20 Mk. vor dem Kriege kostete, so kann man nicht nur nicht von einer absoluten Teuerung reden, der Preis ist auch gegenüber der durchschnittlichen Warenverteuerung im Kleinhandel zurück und ist keinesfalls ein Anlaß dafür, daß das Volk rund doppelt so teuer ist, wie vor dem Kriege. Nicht viel anders steht es um andere landwirtschaftliche Produkte auch, wenn freilich nicht

verkannt werden soll, daß manche Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht den Friedenspreisstand wesentlich überschritten haben.

Die sinnlose Verteuerung aller Lebensmittel im Kleinhandel und im Zustande der fertigen Verarbeitung ist eben, mindestens in diesen Tagen nicht eine Folge von Ueberpreisen der Landwirtschaft, sondern vielmehr der Währungsnot, die hauptsächlich durch den Friedensvertrag und durch die Art seiner Ausführung hervorgerufen ist. Weder kann man von dem Landwirt verlangen, daß er seine Ernte umsonst oder für wertlos werdendes Geld zur Verfügung stellt, noch kann man vom Müller und Bäcker fordern, daß er, der gegen Papiermarkt verkaufen muß, das Risiko der Geldentwertung bei einem neuen Einkauf allein trägt. Wir wollen damit keineswegs die geradezu unsinnige und in ihren Folgen für breite Volksmassen verheerende Anarchie der Preisbildung am Warenmarkt irgendwie in Schutz nehmen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß gegen jede Form des Ruhezers, wo immer sie sich auch zeigt, mit dem schärfsten Nachdruck vorgegangen werden muß, und daß die Wachepolizei allen Anlaß hat, jetzt mit aller Entschiedenheit einzugreifen, nachdem werbefähige Zahlungsmittel früher im Umlauf sind als früher. Die Ueberpreise in Goldmarkt haben fast nirgendwo mehr Berechtigung und müssen verschwinden, je mehr die Rentenmarkt in den Verkehr kommt. Aber allein die Tatsache, daß die größte Verteuerung landwirtschaftlicher Waren erst dann einsetzt, nachdem der Handel sich ihrer bemächtigt hat, läßt klar erkennen, daß es sich um Begleitercheinungen der Währungsnot handelt. Es kommt hinzu die Unterbezahlung der deutschen Arbeitskraft, die ihrerseits eine Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur und auch der Ruhezbelegung ist, sowie die gewaltige Arbeitslosigkeit, die immer wachsenden Volksmassen den Kauf der notwendigen Nahrungs-mittel erschwert, ja fast unmöglich macht.

Wenn man aber im Ausland die deutschen Landwirte für das Versagen der Lebensmittelversorgung verantwortlich macht, so hat das seinen guten Grund in dem Auftreten der Land-bundführer, die alles getan haben, was diesen Verdacht verstärken muß. Ihr skrupellos geführter Kampf um die freie Wirtschaft, die fortgesetzte Drohung mit dem Steuerstreik, die Zusammenhänge, die zwischen ihnen und den illegalen bewaffneten Organisationen bestehen — all das mußte nicht nur das schärfste Mißtrauen des Inlandes, sondern auch des Auslandes hervor-rufen. Und wenn schließlich das eingangs erwähnte Wort des Grafen Westarp im Ausland die Wirkung hat, daß man dort glaubt, die deutsche Landwirtschaft denke nicht daran, den Hungernden zu helfen, so kann man sich darüber nicht wundern. Aber man kann nicht die einzelnen Landwirte, unter denen es auch viele Gutsbesitzer gibt, für Neuherungen verantwortlich machen, die eines zweiten Wilhelm würdig wären in ihrer Brutalität und Unbesonnenheit.

Für die Menschenfreunde des Auslandes müßte und wird aber die Tatsache entscheidend sein, daß tatsächlich Millionen in Deutschland hungern, daß dieses Hungerleiden nicht durch sie, sondern in erster Linie durch die außenpolitische Lage verursacht ist und daß ihnen jede Mäßigkeit fehlt, sich selber zu helfen. Darum bleibt auch trotz der Neuherung Hoovers die Hoffnung, daß Amerika in der Hilfsaktion für Deutschland die Führung übernehmen wird.

Vermischte Nachrichten.

Der Nord an dem Frankfurter Staatsanwalt vor den Ge-richten. Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. verhandelte am 22. Juli über den schändlichen Mord, der am 23. Juli in einer Protokollausfertigung der Frankfurter Arbeiterkammer an dem Frankfurter Staatsanwalt Dr. Haas begangen worden war. Wegen Landfriedensbruchs resp. Verstoßes gegen die Bauarbeit: Hermann Konrad zu 8 Jahren Zuchthaus, der 3-jährige Heinrich Frick ebenfalls zu 4 Jahren Zuchthaus und der Hausknecht Karl Bräuning zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhiel-

ten Gefängnisstrafen von 2 bis zu 4 Jahren. Die Frankfurter „Vollstimme“ bemerkt zu dem Urteil: Daß die grausame Er-mordung des Staatsanwalts Haas hart bestraft wurde, wird jeder billigen, wie ja auch gleich in den ersten Tagen in der Frankfurter Arbeiterkammer die größte Erbitterung über die Ver-letzung aller Gebote der Menschheit herrschte und obendrein zum Schaden der Arbeiterbewegung im Anschluß an eine der erheben-dsten Kundgebungen des Proletariats.

Zurückbare Nachbarn eines betrogenen Gatten. Aus Neusaß wird folgender furchtbarer Vorfall gemeldet: In einem Restau-rant spielte eine Musikkapelle, deren Mitglieder russische Flücht-linge waren. Die Gattin des Musikers Michael Poshobolensko unterhielt mit einem Kollegen ihres Mannes ein Liebesverhält-nis, das die übrigen Russen begünstigte. Vor drei Tagen wurde Poshobolensko auf Betreiben seiner Frau entlassen. Kurz darauf erschien der Entlassene im Lokal. Seine Frau saß in der Nähe des Orchesters. Er trank ein Glas Wein, zog dann einen Re-volver und schoss seine Frau nieder. In aller Ruhe zielte er dann auf die Musiker und feuerte weitere Schüsse ab. Alle Augen trafen. Zwei Musiker waren sofort tot, einer starb bald darauf. Vier andere haben so schwere Kopfverletzungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Polizisten wollten den Mörder fest-nehmen, konnten aber nicht verhindern, daß er sich durch einen Revolvererschuß entließ.

Drachlose Telephonie im Schwarzwald. Aus Freiburg i. B. wird gemeldet: Nach hier angefertigten Versuchen gestattet der Schwarzwald für den Fernverkehr Wellen von den Stationen Berlin, London, Paris, Mailand usw. anzuhören. Infolge-dessen will eine Gesellschaft die besonders günstige Lage des hochgelegenen Kurortes Hörschwand im Schwarzwald (über 1000 Meter hoch) benutzen, um im dortigen Kurort einen Funk-betrieb einzurichten. Die neuen Apparate werden es ermöglichen, inmitten einer prachtvollen Naturlandschaft plötzlich im Kontakt mit der ganzen Welt zu stehen. Es wird möglich sein, aus den verschneiten europäischen Großstädten Konzerte, Opernauffüh-rungen usw. anzuhören. Die eben im Bau befindliche drachlose Empfangstation in Hörschwand wird die Aufnahme der Wellen aller Großstationen ermöglichen, es werden auch Einrichtungen getroffen werden, um selbst in den einzelnen Zimmern die aus dem Weltraum herankommenden Wellen aufzufangen und ab-zuhören.

Änderung der amerikanischen Einwanderungspolitik? Der amerikanische Abgeordnete W. R. Wood, der kürzlich von einer zum Zweck des genauen Studiums der Einwanderungsfrage nach Europa unternommenen Reise zurückgekehrt ist, hat nach einem Bericht in „The New York Times“ eine Änderung der ameri-kanischen Einwanderungspolitik angekündigt. Man wird die jetzt herrschende Methode der Güterkontrollen aufheben, und es soll die genaue Kontrolle über Zeit und Art der zuzulassenden Ein-wanderer in die Hände des Arbeitsministers gelegt werden. Die-der soll bestimmen, wieviele Einwanderer und aus welchen Län-dern innerhalb einer gewissen Zeit jährlich zugelassen werden sollen. Dem Arbeitsminister wird auch die Aufsicht über die Ver-teilung der Einwanderer übertragen, und er hat zu entscheiden, ob sie je nach dem vorliegenden Bedarf in der Industrie oder Landwirtschaft beschäftigt werden.

Schweres Bergwerkunglück in Amerika. In Benton (I-linois, Vereinigte Staaten) hat sich ein schweres Bergwerkun-glück ereignet. Ungefähr 60 Bergleute sind einge-fallen. Bisher wurden fünf Leichen geborgen. Von den Überlebenden haben viele schwere Brandwunden erlitten.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst, Kunst und Wissenschaft Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Rees Doort.

Ein flämischer Sittenroman von Georges Cokhous.

I. Fortsetzung.
Rees Cramp war zu dumm, als daß er die Vorteile, welche dieser Gebrauch der amtlichen Wohlthätigkeit den armen oder geistigen Bauern gewährt, nicht zu verwerten verstanden hätte. Er war nämlich ein fröhlicher Mensch, und wenn er nicht gleich sein Wohlhaben ausstrahlte, so kam das daher, daß sein Stolz ihm gewisse Bedenken einflößte. Was würde man wohl in Dinakel, in Holm, in der Nähe von den berühmten Dörfern, wenn Rees Cramp, der wohlhabende Besitzer des Reichthums, auf die ehrliche Dienste eines Bauern im Innern eines Mannes vom Lande verzichten würde, um die schwächlichen Arme eines Tropfs aus der Stadt auszu-lassen. Was würde man sich darüber aufhalten und sich ärgern? Nachdem er es aber mit allen Varias und allen Konklusionen aus der Ungehörigkeit verurteilt hatte, die hundertmal von ihm wegstießen, als sie gekommen waren, wenn er sie nicht selbst wegwachte, weil er die paar Sous und das harte Stück Brot, das er ihnen gab, noch zu teuer für ihre Arbeit fand, beschloß er, eines von jenen ver-worfenen Waisenkindern zu diana, selbst wenn seine Knickerie ihm sein letztes Ansehen im Lande nehmen sollte.
Rees dachte, er würde dem Kinde nicht bloß wie einen Er-nachkommen zum Arbeiten anheften, sondern er könne auch noch die von den alten flämischen Menschenfreunden ausgehete Pension in die Tasche stecken.
„Hier ist der Kleine!“ sagte der Direktor, indem er Rees bis vor die Beine des kranklichen Bauern rief.
„Woh! Ein gebrochliches Ding!“ murmelte Cramp, indem er den Jungen hin und her drehte und dessen Arme und Schenkel betastete, wie wenn er ein Stuck in der Hand gehabt hätte.
„Auf dem Lande wird er sich schon wieder erholen, das Gerippe ist noch gut.“ erwiderte der Direktor.
„Nun, gerade so gut könnte das Fieber im Bolter ihm den letzten Stoß verfehlen,“ entgegnete Meister Cramp. „Aber wer wird in diesem Falle den Sara und das Begräbnis bezahlen?“ fügte er hinzu. „Sie wissen, Mytheer, wir haben schon mehr als einen dieser Vögel beherbergt. Kaum sind sie im Hause, kühlt dann ihr's vorbei mit ihnen. Und sie haben nicht einmal genug, um in ihre letzte Wohnung gebracht zu werden. Fragen Sie nur Madame Stevens, er wird Ihnen schon erzählen, was ihm ge-schehen ist.“
„Sie irren sich, Madame wurde entschädigt.“
„Schon möglich, aber ich lasse mich nicht darauf ein. Ich werde vorsichtiger sein; ich verlange eine bestimmte Summe als Garantie. Und besonders, wenn ich mir dieses Schicksal auf den Hals lade.“
Dabei befiel die unbarmherzige Tölpel von neuem die arm-ligen Muskeln des Vögelchens, das sich mühsam unterstehen ließ,

indem es seine großen schwarzen, sichersten Augen voller Mel-ancholie auf den Landmann richtete.
Die Gedanken des rechtlichen Rees Cramp waren wirklich nicht ohne Grund, denn Meister Rees war ein ärmliches, kleines Männchen. Man hatte ihn am Karnevalstage auf der Straße gefürdet und deshalb hatte man in Rees) genannt. Wegen seines schwächlichen Aussehens sah man ihn den anderen Namen der seinen Familiennamen erhalte: Doort, verdrängen aus Dooden Rit oder Doerjen Rit, was in der Antwerpener Mundart Hein-rich der Tote oder der Tod bedeutet.
Der Direktor erzählte Cramp diese Einzelheiten, die der pfif-fige Bauer mit geistvoller Miene anhörte, indem er fortfuhr, mit seinen knochigen Fingern die lebende Ware zu betasten.
Geht, wenn Rees wieder an jenen denkwürdigen Tag dachte, erinnerte er sich noch ganz genau, wie Rees Cramp da-mals aussah. Er war ein Mann von fünfundsünzig Jahren, ein kleiner, hider Knecht, jählich, gafflich, eingeschrumpt wie eine Mispel, mit tiefenden Augen, einer kasshaft lächelnden Mundlinie und einer Mattmatte. Seine mit Grau untermischten, hinteren Haare stießen an seinen Schläfen, und an seinen ba-rigen Ohren hing ein Paar silberner Ohrringe als Schmuckstück für die Augen. Unter seinen abgeriebenen Augenbrauen, die in der Mitte zusammenliefen, schienen seine grauen Augensterne zu schlafen, wie stehende Pfähle zwischen Geßtrüpp.
Cramp hörte bloß auf, über das armselige Aussehen des Wai-senkindes zu jammern, um starke Züge aus einer kurzen, schwar-zen und lätigen irdenen Pfeife zu ziehen, die mit einem durch-lüberten Dedel aus Kupfer bedeckt war, oder um in das Spud-tälchen zu spielen.
Doch der Direktor drängte an ihm:
„Er kann schon lesen. Er ist sanft wie ein Lamm und folg-sam wie ein Hund. Nun je, wieviel verlangen Sie für den Jungen?“
Die moralischen Eigenschaften Rees' liegen den nur prak-tisch veranlagten Bauern ziemlich kalt. Er erfuhr mit mehr In-teresse, daß der Kleine wenig Appetit hatte, und sobald er das wußte, ließ er in Bezug auf die Entschädigung mit sich reden.
Der Direktor, der an diesen Handel gewöhnt war, verlor nicht so leicht die Geduld und wehrte sich Schritt für Schritt.
„Sagen wir zehn Silber“ pro Tag,“ meinte Rees.
„Fünf, Bauer, fünf, mein Vetter, seien wir verständlich.“
„Nein, zehn, oder ich geh den Handel auf.“
Der Direktor mußte nachgeben, und er ging zu anderen Ar-tikeln über.
Rees Cramp, dem seine dunkle Ahnung nicht aus dem Sinn kam, verlangte noch einen vom Direktor unterzeichneten Schein, der festsetzte, daß, falls der junge Knicht sterben würde, die Ver-erdigungskosten dem Spital zur Last fallen sollten.
„Lopp!“
*) Rees: Verkleinerungswort von Cornelius.
**) Silber oder Silber = ein Sou (vier Pfennige).

Die beiden schlugen sich in die Hände, wie die Viehhändler, wenn sie einen Handel abgeschlossen haben, und auf einen Wink des Verkäufers ließ Rees, um sein Bündel zu holen, das man schon am Vorabend zurechtgemacht hatte.
Als er wieder hereinkam, hatte er die Uniform des Hauses abgelegt und an dessen Stelle ein einfaches Bauernkleid an-gezogen: eine Hose von jenem dicken braunen Samt mit Streifen, der in Flandern Dintille genannt wird, einem blauen Kittel, Holzschuhe und eine hohe ruffige Seidenmütze. Nach einer Er-mahnung, die der Direktor so paterlich als möglich zu halten suchte, indem er besonders die Gesellschaft lobte, die gegen die Verläden so gut ist, nahm der Bauer seinen Koffer in die Hand.
Die große Ueberwältigung für Rees lag hinter dem Kinde und seinem neuen Pfleger. Sie gingen da, das Händchen des Kleinen in der Faust des Bauern.
Rees machte große Schritte, indem er die eine Hand auf seinen Knüttel aus Mißpeltz legte, und Rees, der nicht ge-wohnt war, in Holzschuhen zu gehen, trabte neben ihm her oder kam zuweilen auch nachgehnd. Der Alte öffnete den Mund nur, um ihn schon gleich mit Pfützen anzutreten.
Es war an einem Marktag. Das Pfälzer des ardenen Hauses, der von den Gemüthsärzten eingenommen war, ver-schwand unter den Geßellen und den Hüden voll hunder Gemüthsärzten, die in der Jakonne den erziehenden Versuch der Er-litzung zuweilen aus der Erde gerissenen Kräuter verbreiteten. Die Bäuerinnen von männlichem Wuchs, hochfarbig, das Gesicht ver-bleicht unter den tiefen zylindrischen Hüten, saßen die Bürger-frauen mit einer Menge freundlicher Worte an, um gleich darauf sie zu beschimpfen, wenn sie die Waren zu genau befaßen. Und da ließ es denn: „Guten Tag, meine liebe kleine Dame!“ und gleich darauf wieder: „Seien Sie nur ruhig, man wird Ihnen diese Kahlköpfe schenken. Vergessen Sie aber nicht, Ihre Adresse hierzulassen, damit man sie Ihnen schicken kann.“
Während der Bürgerfrauen standen vor den Gasthäusern grün angeführte Karren, mit einem weißen Tuche überspannt. Das Weibchen der Hengste vermählte sich mit dem Geßel der Ge-müthsärzterinnen und dem Wollen der angespannten Hunde.
Die Bauernleute redeten einander an, und wenn sie sich gut konnten, verfechten sie sich einen Klaps auf die Schulter. Und dann sah man die runden Hüden unter den Vorhällen der alt-ehrwürdigen Gebäude am Marktplatz, die in Wirklichkeit um-gewandelt worden waren, verschwinden. Von draußen aber hörte man durch die geöffneten Fenster die Trinker mit lautem Lärm das Ergebnis des Marktes ausrechnen.
Rees hatte nie einem denartigen Schauspiel beigewohnt. Von seinem Meister nachgezogen, hatte er alle Mühe der Welt, durch diese lastige Menge vor starken, plumpen Kerlen zu dringen, deren schwere Holzschuhe die feinsten zu zerdrücken drücken. Jeden Augenblick stolperte er über die Waren, zertrat eine Möhre oder beschädigte einen Salatkopf und zog sich dann einen Hagel von Schimpfworten seitens der reizbaren Gemüthsärzterinnen zu.
(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck.

Mit Zustimmung des Oberverwaltungsamtes mit dem 3. Dezember 1923 ab die Lohnstufe I (Grundlohn 10 Bfg., Beitrag 6 Bfg.) außer Kraft. Der Arbeitsentgelt der Lohnstufe II wird bis auf 4,50 Bfg. herabgesetzt, und des weiteren zwei neue Lohnstufen wie folgt angesetzt:

Vollstufe	Wohlfühl-entgelt	Grundlohn	Beitrag	Summe
XIII	39,50	5,-	3,51	48,01
XIV	39,50	6,-	4,20	50,-

Der Anspruch auf die Leistungen nach einem Grundlohn von über 4,- Bfg. entfällt erst vom 17. Dezember 1923 an.

Lübeck, den 3. November 1923. (8779)
 Joh. Körner, A. Stendel,
 Vorsitzender, Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck.

Auf Anweisung des Landesversicherungsamtes des Harzlandes in Leipzig sind am 1. Dezember 1923 in Lübeck ohne nach irgendwelche Differenzen mit der Ortskrankenkasse, ab 1. Dezember unter Beachtung der Kapitel abgelaufenen Verträge in den Vertrag getreten. Durch die Einleitung der durch den Staat für die Renten soll die Abhebung der von der Rentenversicherung erlassenen Verordnung vom 20. Okt. 1923, die eine Einschränkung der bisherigen Behandlung und Bestimmungen vorübergehender Leistungen werden. Es liegt im eigenen Interesse der Versicherten, sich in diesem Punkte mit der Ortskrankenkasse zu stellen. Da ab 1. Dez. 1923 auch die Versicherten übererhalten werden, die bisher nur gegen sofortige Bezahlung und in den von ihnen angeforderten Sätzen behandelt werden, wird den Versicherten dringend geraten, die nicht unbedingte notwendige Bescheinigung zu beantragen zu lassen, während der vorübergehenden Zeit werden unter dem Namen Frankfurter Versicherungsanstalt nach Maßgabe der oben erwähnten Verordnung gewährt. Das Mitglied wird durch Nachzahlung an den Ortskrankenkasse Lübeck, den 30. November 1923. (8788)
 Joh. Körner, A. Stendel,
 Vorsitzender, Schriftführer.

Ein weiteres Urteil über Steen's Glycerin-Milch Seife

Bin mit dem Resultate Ihrer Steen's Glycerinmilch-Seife sehr zufrieden. Besonders bei Hautunreinigkeiten und Flechten, wo mir nichts anderes half, habe ich sie mit glänzendem Erfolge angewandt. Ich werde die Seife in meinem Bekanntenkreise gerne weiter empfehlen. Ihnen aber besonderen Dank für die Empfehlung Ihrer in so kurzer Zeit wirkenden Steen's Glycerinmilch-Seife.

gez. Ch. B., Reichenham.
 8742 Zu haben in Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
 Engros-Niederlage: Harloff & Schulz, Lübeck.
 Hersteller: August Steen, Chemnitz i. S.

König kauft Felle

Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!

Karl König (8726)

Hamburg, Zeughausmarkt 2. Fernruf Merkur 5128.
 Bergedorf, Kuhberg 2. Fernruf Nr. 777.
 Leipzig, Packhofstraße 3. Fernruf Nr. 29519.

Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

Praktisches Weihnachtsgeschenk für jedermann: Stoffe

für Herren- und Damenanzüge, Kostüme, Schüpler, Mäntel, Paletots und Jagden in allen Qualitäten — vom einfachsten Brackia bis zum edelsten Hompam

zu auffallend billigen Preisen

5780 Einige Beispiele:

Bankl. Melange (el. Strapsenstoff) ca. 150 cm breit	1,70
gestreifter Anzugstoff	2,00
gestreifter Stoff	2,50
Pa. streifer Mantelstoff braun	3,00
Solider grauer Anzugstoff	3,50
Reizender Hompamstoff in grau	3,70
Pa. Mas u. braun Melton (J. Mäntel)	3,75
Melange streif. Anzugstoff	4,75
Bankl. Mantelstoff (Flausch)	5,00
Pa. Mantelstoff	5,50
Pa. Mantelstoff	6,75
Pa. Mantelstoff	6,75

N. Honig's
 Tuchlager, Muxstr. 113
 Lübeck-Brugstraße 122 Niederwärtler

Stoffe

Horbmöbel, Wollstoffe, Sitze, Hosen, Kattüme, Wäschelöcher

große Auswahl zu Fabrikpreisen. Nur (8748)
 Krähenstraße 7 (Hof.) Tel. 8864.

Stoffe

Preis von M. 2,50 an Teilzahl. gestattet.
 Kesten, Holstenstr. 17, 1.

Außerst billig!

Damen-Mäntel 5, 7, 12 bis 24 M.
 Wintermisch-Jacken 3 M.
 Chen. Kleider 12, 14 bis 26 M.
 Parabend-Röcken 2,95, in Größe 14 M.
 Herren-Winter-Mäntel 6 M. an.
 Hüte von 12 bis 15 Mf.
 Seitzhosen, Jackett, Knebel, Hemden, Mäntel, Blaudruck usw. sehr preiswert.

Kaufhaus Franz Wehrendt.
 Belauerjohr 35. 8781

Konsumverein f. Lübeck und Umgegend e. S. m. b. H.

Wir haben heute nachmittag den **Brotpreis auf 50 Bfg.** ermäßigt. Wir erheben von denjenigen Mitgliedern, die mit Papiergeld zahlen, keinen Aufschlag. Wir bitten aber, uns wertbeständige Zahlungsmittel zuzuführen. Wir werden nach wie vor bemüht sein, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Verbraucherinteressen zu vertreten. Es sollte daher keinen Verbraucher geben, der nicht Mitglied unseres Konsumvereins ist. Selbsthilfe ist der beste Weg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. (8798)

Z. P. F. 8792
 Johannisstraße 47-49.
 Wir bitten um Spenden, die Not zu lindern.

Konsum-Verein für Lübeck u. Umgegend e. S. m. b. H.

Abt. Sparkasse.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß wir, den Verhältnissen folgend, ab 1. Dezember d. J. Geldsparkonten eröffnen. Einzahlung sowie Rückzahlung erfolgt bis auf weiteres, in den im Umlauf befindlichen wertbeständigen Zahlungsmitteln. (8800)

Verzinsung bei täglichen Geldern 4 %
 Verzinsung bei monatlicher Kündigung 6 %

Einzahlungen in den Warenabgabestellen und im Kontor Hansstraße 101. Näheres über die Bedingungen dortselbst.

Der Vorstand.

Damenkleiderstoffe

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da direkt ab sächsischer Fabrik.

F. Speßmann, Breite Str. 31
 am Hause Arnold Berg
 8786 Etagegeschäft.

Wir empfehlen:

la. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts

zum Preise von 2 Goldmark. (8788)

Meyer & Burmeister
 Hundestr. 16. Telefon 1750.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
 Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damensmäntel, Kleiderstoffe, Seiden- und Wollstoffe, Modistenschürzen, Hüte und elegante Schürzen, Schürzen, Pantoffel usw. (8790)
 Arbeiter-Anschrungen, Hüte, Wollstoffe, Stiefel.

Hedermans Der sensationelle Spezialitäten-Spielplan **Dezember 1923.** (8754)

Ali Aliverra
 Phantasie- und Grotesktänzerin.

A. W. Repp
 Komischer Jongleur.

? Miss Volta ?
 Elektrische Demonstration am Elektroschow, arbeitet mit einer elektrischen Hochspannung von über 500 000 Volt.

! Original Strody !
 Komik auf dem Tanzseil.

Ramashow-Truppe
 Russische Sänger und Tänzer.

3 Blackburns
 Freistehende Leiter.

Anfang 8 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Telefon 8155.

Tagesordnung

für die am Freitag, den 21. Dezember 1923, mittags 11 1/2 Uhr, in Lübeck, Königstraße 1/3 stattfindende (8786)

Generalversammlung der Aktionäre der Lübeck-Schweriner Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft.

- Jahresbericht für 1922.
- Genehmigung der Jahresrechnung.
- Entloftung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
- Berichterstattung an den Aufsichtsrat.
- Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
- Mitteilung über den Anschluss an die Stuttgarter-Lübeck Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stuttgart.

Lübeck, den 30. November 1923.
 Jul. Böttcher, Kaden, Meyer, Wildermann.
 S. F. E. u. U. (8786)
 Mittwoch, 8 Uhr.
 Eröffnungsschule.

Weiber Engel. Jeden Sonntag (8781) Tanzkränzchen.

KOLOSSUM. Morgen Sonntag: (8789) **Großer Ball.**
 Kaffeeöffnung 5 1/2 Uhr. Joh. u. R. Mittag.

Konzerthaus Lübeck. Sonntag, den 2. Dez. 1923: (8781)

35jähr. Stiftungsfest der freiw. Feuerwehr Krempeisdorf. Anfang 5 Uhr. Das Komitee.

Moislinger Baum Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Bornehmes Tanzkränzchen verbunden mit weiter. Künstler-Vorragen unter Mitwirkung bekannter und beliebter Hamburger Gesangs-, Tanz- und Vortragskünstler.

Moderne Tänze. — Künstler-Kapelle. Leitung: Herr Karl Stuhl. Prima Kaffee und Kuchen.
 Spez.: ff. Wilfener a. d. Aktienbrauerei. Für Familien freier Eintritt. (8794) Rud. Jäde.

Ich gebe laufend ab zu billigsten (8789) Engros-Preisen:

Prima geräucherter fetter Speck, sowie geräucherter Schweinsbäse u. suche noch einige regelmäßige Abnehmer.

Brodesstr. 4. H. F. Kossel jr. Lager: Schlachthof.

Kaffeehaus Moising. Morgen Sonntag (8785) **Tanz.**

Trocadero. Schlüsselbad. A. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Stimmungs-Konzerte.** (8789)

Hedermans (8782) 8 Uhr.

Café Bernhardt Packerburger Allee 9. Täglich nachm. Konzert. (8783) u. abds. (8791)

Freier-Franz-Halle. Jeden Sonntag Tanz. Eintritt frei

Sonabend, 8. Dezbr.: **Stiftungsfest vom Klub d. Soldaten.** (8791)

Hansa-Theater. Heute (8778) Sonabend, 7 1/2 Uhr: Gastspiel (8792) **Seewald-Schultze.** Zum ersten Male **Die süße Suß.** Operette in 3 Akten von Orzyb. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Die süße Suß.

Stadttheater Lübeck. Sonntag, 7,30 Uhr: Tiesland. (8746) Gastspiel von Herr Waldburg als Bedro vom Stadttheater Kiel

Dienstag, 7,30 Uhr: **Così fan tutte.**

Sinfonie- u. Stadttheater-Orchester.
 Sonntag, vorm. 11 Uhr: **Offenl. Hauptprobe.**
 Montag, 7,30 Uhr: **3. Sinfonie-Konzert.**
 Sonabend, Einlösung der Abon.-Karten an der Theaterkasse von 3-6 Uhr.

Wertbeständig, heißt es heute, sei die deutsche Rentenmark, rings im Land die Arbeitsleute freuen sich und hoffen stark. Hoffend, daß es besser würde, für des Tages harte Fron, nimmt mit schmunzelnder Gebärde man den wertbeständigen Lohn.

Wertbeständig ohne Werte bleibt das Geld der Republik, so geriet sich die verkehrte Transaktion der Politik.

Wertbeständig wird das Sehen nach dem wertbeständigen Geld.

wertbeständig auch das Stöhnen, wenn man davon nichts erhält.

Wertbeständig bleibt die Plage auf dem Lande, in der Stadt, wertbeständig auch die Klage, weil man nichts zu essen hat. Und so kimm' ich meine Peier, preis' unsere Politik, denn mir sitzt der Pleitegelei wertbeständig im Genick.

Deutschland! Ueber alles klettert der Preis für Fett und Brot.

Wertbeständig bleibt dein Dalles, wertbeständig deine Not!
Satanas.

Die lübschen Volksspeiseanstalten.

Die zunehmende Not und die kalte Witterung lenken die Aufmerksamkeit mancher Entbehrten nach Stellen, wo für billiges Geld dem knurrenden Magen etwas Warmes zugeführt werden kann. Im allgemeinen scheut man sich so lange als möglich, die billigen Quellen aufzusuchen. Wenn aber die Mittel zu anderem nicht reichen, dann ist ein schmales, aber sauber zubereitetes und preiswertes Essen immer noch besser als trockenes Brot. Denn wir wollen uns keine falschen Vorstellungen einflößen: so kräftig, daß sich der Körper dabei erholen könnte, ist Volksspeisenahrung im allgemeinen nicht. So lang' gerade, um sich durch die Hungerzeit durchzuschleppen, es lange, bis wieder Arbeit und Verdienst auch etwas Herzhafteres auf den Tisch bringt. Mit diesem Hinweis wollen wir der Behörde und den mit der Herstellung und Beaufsichtigung der Massenpeisungen betrauten Personen durchaus keinen Vorwurf machen. Sie können bei der ungeheuren Teuerung mit den beschränkten Mitteln eben auch nicht mehr tun. Der Staat gibt so schon bei jeder Portion beträchtliche Zuschüsse, obwohl bei seinen Kassen der Boden zu sehen ist. Aus diesem Grunde mußte auch die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tatkraft im Frühjahr den Betrieb der Volksspeiseanstalten. Mit der gewaltigen Zunahme der Erwerbslosen wurde die Forderung nach Errichtung von öffentlichen Speiseanstalten erhoben. Die Volksspeise im Fünftausen wurde dann von der Armenbehörde übernommen. Der Staat richtete die Räume zum Teil wieder her und machte die Einrichtung betriebsfähig. Die Küche ist mit einem Eisenherd versehen, in dem vier große Reijel stehen. Gegenwärtig werden täglich 800 Liter Essen gekocht. Der größte Teil wird in den für Frauen und Männer getrennten Räumen an Ort und Stelle verzehrt. Dann werden aber auch einige Kannen voll nach dem gelben Saal des Stadttheaters gebracht, der den Kleintrentnern zur Verfügung steht. Dort wird das Essen teilweise im Saal eingenommen, vielfach wird es von dort nach Hause abgeholt. Auch in der Volksspeise wird das Essen ins Haus abgegeben. Die in der produktiven Erwerbslosenfürsorge Tätigen lassen das Mittelaßrot ebenfalls von der Volksspeise abholen. Voll ausgenüßt ist der Betrieb noch nicht. Wird der Andrang größer, dann können etwa 2400 Liter Essen pro Woche bereitgestellt werden. Außerdem kann die Volksspeise Speiseanstalt im Armenhaus in der Stenensiräße 3000 Liter herstellen. Es wird darauf Bedacht genommen, daß in beiden Küchen die gleiche Zubereitung der Speisen stattfindet, um eine Abwanderung von einer Stelle zur anderen zu verhindern und eine bessere Kontrolle zu haben. In der Volksspeise wird aus Billigkeitsgründen der Dampf für die Kesselanlage von der Betriebsbehörde bezogen. Hierfür muß für jeden Liter Speise 1,2 Pfennig be-

zahlt werden. Fleisch wird nur Sonntags gegeben und muß besonders bezahlt werden. Wer dies haben will, muß sich bis spätestens Sonnabend abend melden. Das Mittagessen wird von 11½ bis 1 Uhr, das Abendbrot von 5½ bis 7 Uhr ausgegeben. Jede Portion kostet 10 Pfg.

Großen Zuspruch finden auch die Küche der Zentrale für private Fürsorge in der Johannisstraße. Hier steht der frühere Logenante, jetzt verarmte Mittelstand vorzugsweise ein. Es erhält aber auch jeder andere das aus zwei Gängen bestehende Mittagessen: Suppe sowie Gemüse und Kartoffeln. In dieser Küche hat jetzt auch der Landeskriegerverband Unterkunft gefunden. Er übernimmt die Essensverteilung an seine bedürftigen Mitglieder. Zur Stütze bei der Herrichtung der Speisen hat er die „Technische Nothilfe“ engagiert. So viel wir sehen, bestand diese Technische Nothilfe aus einigen kartoffelschälenden Frauen. Aus der Küche der Z. V. F. wird Essen auch an die Abgabestellen nach den Vorstädten geliefert, hauptsächlich für ältere oder gebrechliche Leute, die den weiten Weg nicht gehen können. Hilfeleistung für notwendige Fuhrer zur Heranschaffung von Lebensmitteln leistet bisweilen die Reichswehr.

Bilden die drei Stellen: Volksspeise, Nothilfe Speiseanstalt und Z. V. F. eine Zusammenfassung der Kräfte zur rationeller Herstellung und Ausgabe der Speisen, so erscheint uns die Einmischung des Landeskriegerverbandes und der Heilsarmee doch mehr mit Nebenabsichten verbunden. Sie ist zum mindesten so lange überflüssig, als die obengenannten Einrichtungen nicht voll ausgenutzt sind. Die Heilsarmee hat sich, großstädtischen Vorbildern nachahmend, eine Gulachitanone aus frühem Heeresout angekauft. Mit dieser beabsichtigt sie bei Bedarf in die Vorstädte zu ziehen. Sie hegt aber auch die Absicht, in ihren Gebäuden in der Engelsarube-Arbeit eine Speiseanstalt oder Küche zu errichten. Die Mittel für die Gratispeisung will die Heilsarmee größtenteils nach bekanntem Muster sammeln.

Gegen derlei Art Wohltätigkeit wenden wir uns ganz entschieden. Die gute Absicht in Ehren, dem Zweck aber schaut auf die Financ. Wir haben gar keine Ursache, die durch Kapitalisten und Militaristen hervorgerufene Volksnot durch speyerliche oder maderische Wohltätigkeitsquadralberlei zu fördern. Viel notwendiger ist, daß das arbeitskapitalistische Unternehmertum erzwungen wird, seine Staatspflichten zu erfüllen und daß nicht um des niedrigen Profites willen täglich neue Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Arbeit und gerechtes Verdienst ist viel wichtiger als alle bürgerliche Wohltätigkeit, die in der Regel ganz unzweckmäßige Sintergedanken hegt, auch wenn sie dabei die Augen gen Himmel richtet.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 1. Dezember.

Igelossen.

Ist der Igel ein nützliches Tier? Immer noch streiten sich darum allerlei merkwürdige Gelehrte. Zu diesem Streit darf vielleicht auch ich selbst einen ganz kleinen Beitrag liefern und auf einen Punkt hinweisen, in dem ich ganz bestimmt nützlich bin. Mein Dasein gibt nämlich einigen Malern Arbeit. Wie? Bitte: Alle patriotischen Lokale Lübecks haben seit Wochen bei der Malerinnung ein Abonnement; jeden Morgen müssen sie ihre Toiletten neu streichen lassen, da an diesen verschwiegenen Wänden über Nacht alle Wände bemalt und bekräftigt werden mit deutlichen nationalen Schlachtrufen und Todesurteilen; alles gegen den unschuldigen und harmlosen Igel. Besonders ein Punkt spielt auf diesen „Ehrenmalen“ patriotischer Vereine eine große Rolle: meine Religion. Obwohl Igel im allgemeinen religions- und konfessionslos sind!

Uebrigens macht meine Religion auch noch anderswo einiges Kopfzerbrechen: auf dem Finanzamt. Wegen der Kirchensteuer. Bisher habe ich einen evangelisch-lutherischen und einen katholischen Kirchenzettel bekommen.

Jetzt warte ich nur noch auf den jüdischen. Die Summe spielt ja keine Rolle. 22 Millionen für die katholische, 22 Millionen für die evangelische und 22 Millionen für die jüdische Kirchengemeinde. Macht zusammen 66 Millionen. Ich bin überzeugt, daß die Malerinnung diese Summe gern auslegen wird. Denn sie hat an dem interessantesten Bissort über meine Beziehungen zum Himmel ein großes „Interesse“.

Sehr viel Freude hat mir in dieser Woche die Kanzlerliste bereitet. Als am Montag plötzlich das Telegramm eintraf, Dir, Albert sei der aussichtsreichste Kanzlerkandidat, da sah ich zum ersten Male wieder rosig in Deutschlands Zukunft. Sofort trabdete ich hin, um dem so plötzlich zu hohen Ehren gelangten „Zylinderhut“ zu gratulieren. Merkwürdigerweise haite er sich eine riesige glänzende Glase angelehnt. Ah, dachte ich, er will damit die Qualifikation zu seinem neuen Amte nachweisen. Aber oje, die ganze Geschichte war ein Telegrammfehler. Es hieß gar nicht Dir, Albert, sondern Dr. Albert.

Aber ich war mal da und ich erbat einige politische Winke. Und erhielt sie. Der „verschleimte“ Kandidat machte mich aufmerksam auf den geeigneten Kandidaten der Gegenwart: den Zahnmechaniker Friede aus Lübeck. Weshalb? Ja, es komme doch darauf an, so meinte „man“, der ganzen Welt Deutschlands vollkommenen Armut zu beweisen. Die Armut im Gebrauche aber sei durch unsere Papiermark genügend bewiesen. Handle es sich also nur noch darum, Deutschlands Armut im Geiste nachzuweisen. Und für diesen Zweck sei gerade Friede der geeignete Mann. Außerdem habe Friede seit einigen Tagen einen ausgezeichneten Profeminarbeiter gewonnen, der ihn auf schnellstem Wege mit Mussolini verbinden könne, da er aus seiner Jugendzeit immer noch einen Ausweis Garibaldi's in der Tasche habe. Und Garibaldi's Name gelte etwas in Rom.

Viel verstanden habe ich von den Anspielungen nicht. Weshalb ich sie eben so unklar weitergeben muß, wie ich sie empfangen habe.

In einem Bierrestaurant lebte ich gestern abend etwas sehr Spakhaftes. Vor der Türe stand ein Bayer — total verwehelt und betrunken. Und schimpfte furchtbar auf Sojiz und Juden. Unter dem dröhnenden Beifall einiger ebenfalls erheblich illumierter „Volkspartei“ zu höchster Raserei entflammte, schwang der Bayer plötzlich einen Maßkrug, fürchterlich anguhauert und brüllte wie ein gestochener Ochs: „Kreuzritterhimmelherrgottsakrafugitürten sakrafakra! Jetzt ham ma seit zwei Jahren mit Hitler jamn gegen so an demühtigen Marxismus kampft und gwettert — un jetzt werd der Marx selber Reichskanzler, der ständige Saujud, der ständige!“

Ich muß gestehen, daß ich großes Verständnis habe für die Mut — des wilden Bayern. Igel.

Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Beitragskassierer!
Die Beitragsmarken für Dezember können abgeholt werden. Die alten Marken müssen abgerechnet und die nicht verkauften Beitragsmarken zurückgegeben werden. Der Beitrag beträgt für Männer 10 Pfg pro Woche, für Frauen 5 Pfg.

Der Verzehtreit. Aus Verzehtreien wird uns unter Hinweis auf die gestrige Bekanntmachung geschrieben: „Auf Grund der Regierungsverordnung über „Krankenhilfe“ und „Verzichte und Krankentassen“ vom 30. 10. 23 sind die Kassenzinsbeiträge im Deutschen Reich kostenlos auf Grund des § 628 BGB. gekündigt, da diese Verordnung die bisherige Vertragsgrundlage vernichtet hat. Daher werden die Mitglieder und Angehörigen der Krankentassen ab 1. 12. 23 nur noch als Privatkrante behandelt. Nach den Bestimmungen ist es dem Arzt nicht mehr möglich, bezüglich der Notwendigkeit von ärztlicher Behandlung, Anzahl der ärztlichen Untersuchungen, Besuche und Eingriffe, sowie der Verordnung von Heilmitteln nach dem derzeitigen Stande der Wissenschaft und nach den für den einzelnen Krankheitsfall notwendigen zu entscheiden. Der Kassenzins soll unter Androhung von Strafmaßnahmen gezwungen werden können, sein ganzes ärztliches Wissen, Können und Wirken — unter Umständen gegen sein ärztliches Gewissen — den von den Kassenzinskranten aufgestellten Richtlinien unterzuordnen. Diese Bevormundung durch Nichtfachleute lehnt die deutsche Verzehtreien einmütig ab, da die gesetz-

lichen Bestimmungen einen Eingriff in die ärztliche Berufsfreiheit bedeuten und ganz gewiß nicht dem Wohle der Versicherten dienen. Die Verzehtreien sind ab, einer unzureichenden Gesetzgebung und Verwaltung Handlangerdienste zu leisten.“

Goldparverfeh bei der Commerzbank. Man schreibt uns: Wird Rücksicht auf die zunehmenden Schwierigkeiten der Eindeckung wird die Abgabe der auf Goldmark lautenden Quittungen der Commerzbank gegen Papiermark mit Ablauf dieser Woche bis auf weiteres eingestellt. So bedauerlich diese Maßnahme für manchen auch sein wird, so erscheint sie doch erträglich, da in den letzten Tagen außerordentlich große Mengen von Rentenmark hier in Verkehre gelangt sind und hoffentlich noch weiter gelangen werden. Der Goldparverfeh hat nunmehr volle vier Wochen gedauert. Damit ist in einer Zeit, wo weder Gasanleihe noch Rentenmark zu erlangen waren, vielen Tausenden die Möglichkeit gegeben worden, wenigstens ein kleines völlig gegen Entwertung gesichertes Spargut haben zu erwerben. Der Erwerb der Spargut haben gegen ausländische Zahlungsmittel wird auch fernerhin stattfinden. Von diesem Verfahren müssen die Firmen in zunehmendem Maße Gebrauch, um ihre Angestellten und Arbeiter ganz oder teilweise wertbeständig entlohnen zu können.

Die Steigerung der Goldpreise.

Der Dollar ist vom 21. zum 30. November von 2320 auf 4200 Milliarden Mark, also um 66,6 Proz. gestiegen, der Lebenshaltungsindezes dagegen hat stärker, nämlich um 84,7 Proz. angezogen. Dem entspricht auch das Gesamtbild der Teuerung, wenn man es mit den Devisenkursen vergleicht. Letztere sind, wie man am Preis der Goldmark ohne weiteres erkennen kann, genau auf dem 1000milliardensfachen des Vorkriegsstandes, die Lebenshaltungskosten sind dagegen trotz künstlich niedrig gehaltenen Mieten bereits um 53,5 Proz. über der Devisenverteuerung, nämlich auf dem 1535milliardensfachen Stand. Für den Ausländer, der nicht in den Genuß der billigen Mieten kommt, weil er im Hotel oder in möblierten Zimmern wohnt, dürfte demnach jetzt schon Deutschland das teuerste Land der Welt sein.

Das wesentliche Kennzeichen der Teuerung der letzten Wochen ist ja eben die Uebersteigerung der in Gold errechneten Preise. Für die Arbeiterschaft ist die Teuerung noch erschütternder, als sie in dem Lebenshaltungskostenindex zum Ausdruck kommt. Eine ganze Reihe von Waren steht jedenfalls im Preise wesentlich höher, als 50 Proz. über dem Vorkriegsstand. Diese Uebersteigerung der wichtigsten Lebensmittel zwingt die Arbeiterschaft, auf den Verbrauch anderer Waren zu verzichten, die vom Index noch erfasst werden, die aber von einem normalen Arbeitsverdienst heute nicht mehr gekauft werden können.

Es kommt alles darauf an, die ungeheure Kluft zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den Warenpreisen zu überbrücken. Man hat in Lübeck und anderwärts viel Lament gemacht und behauptet, bei reichlicher Bezahlung in Goldgeld resp. bei Anjag eines respektablen Entwertungszuschlags für Papiermark werde in aller Kürze eine merkliche Preisentkung eintreten. Wir haben gleich zu Anfang diese Hypothese als Schamschlägerei bezeichnet und konnten erst dieser Tage bemerken, daß eine hiesige Firma ihre Schuwaren um ein Drittel im Preise erhöhte. Wie wir erfahren, geschah eine gleiche „Preisentkung“ mit den meisten Waren dieser Firma. So spiegelt sich die Theorie in der Praxis wieder. Auf diese Weise kann keine Gesundung des Wirtschaftslebens eintreten. Wie diese überhaupt vor sich gehen soll, wenn man nebenbei die Goldlöhne um 30 Proz. niedriger bemittelt als die Friedenslöhne gewesen sind, während die Lebenshaltungskosten sogar nach dem amtlichen Index um mehr als 50 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, das bleibt das Geheimnis der Unternehmer und des Reichsarbeitsministers, die derartige Anschauungen vertreten. Jedenfalls sollten diese Kreise sich nicht

darüber wundern, weshalb dann die Industrie infolge Absatzmangels zu Stilllegungen schreitet und damit die soziale Krise noch weiter verschärft.

Warum ist das Fleisch so teuer?

Dem Hbz. Fremdenblatt wird aus Großhandelskreisen u. a. geschrieben:
„Am letzten Schweinemarkt (Dienstag, 27. November) wurde für die besten Schweine in Original Hamburger Goldmark 55—58 Pfg. für das Pfund Lebendgewicht gezahlt. Selbst wenn man für Zwischenverdienst der Großschlächter Ausschüttung und Verdienst der Schlachterläden insgesamt 100 Prozent berücksichtigt, so wären die Schlächter wohl in der Lage das beste Schweinefleisch mit 1,10—1,15 Mk. per Pfund zu verkaufen.“

Noch viel trauriger liegt die Preisentwicklung bei Ochsenfleisch. Am heutigen Viehmarkt betrug die Preise für sehr gutes Vieh 40 Goldpfennig pro Pfund Lebendgewicht. Dieser Einkaufspreis würde unter Berücksichtigung des Vorstehenden einen Verkaufspreis von 80—100 Pfg. rechtfertigen.“

Wie uns von sachkundiger Seite mitgeteilt wird, wurde am Freitag noch auf dem Lübecker Geflügelmarkt für Schweinefleisch 1,05—1,20 Mk. bezahlt. Der Ladenpreis war 1,60 Mark. Die Hamburger Engrospreise wirken sich hier erst einen Tag später aus. Uebrigens geht auf dem Lebensmittelmarkt ein wirklicher Preisabbau vor sich. Der Konsumverein hat den Brotpreis bereits auf 60 Pfg. herabgesetzt.

Achtung, Bürgerlichkeitsfraktion! Montag abend 5½ Uhr Fraktionsführung im Roten Saal.

Feuer. Am 1. Dezember, morgens 4 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Mühlenstraße 1—3 gerufen. Es brannte auf dem Hof ausgepacktes altes Packmaterial, Wäsche usw. Das Feuer hatte beim Anbliden der Feuerwehr schon ziemlich Ausdehnung angenommen. Zum Glück war die Brandstelle von maßlichem Mauerwerk umgeben. Nach circa ¼ Stunden konnte die Wehr wieder abrücken.

Hinweise auf Vertammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonntag vormittag 11 Uhr öffentliche Hauptprobe zum Sinfoniekonzert, abends 7,30 „Erlaubt“. Den Redio singt Herr Waldburg vom Stadttheater Kiel. Montag 3. Sinfoniekonzert. Im Dienstag-Ab. wird Mozarts komische Oper „Così fan tutte“ wiederholt.

Sausa-Theater. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr: „Die süße Susi“ mit Gertrud Seewald-Schulze als Gast. Sonntag: Wiederholung der Operette „Die süße Susi“. Montag: Geschlossene Vorstellung.

Angrenzende Gebiete.

Eintr. Notstandsarbeiten in der Provinz Lübeck. In dem Bericht des Landtagsausschusses 3 heißt es u. a. über die Vorlage 8: In der Vorlage 8 fordert die Staatsregierung vom Landtage Mittel für die Notstandsarbeiten zur produktiven Beschäftigung von Erwerbslosen, deren Zahl infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse leider immer mehr zunimmt. In einer Erklärung des Ministeriums hierzu heißt es dann u. a.: Für den Landesteil Lübeck sind folgende Notstandsarbeiten in Aussicht genommen: 1. Chausseebau Siebsee, 2. Chausseebau Barkau-Resdorf-Steenrade; 3. Chausseebau Hemmelsdorf-Klein-Timmendorf; 4. Chausseebau Schwien-

Kohlen — Koks

Maab & Co. G. m. b. H.

Holz — Bricketts

